

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF September 2018



Rapsernte auf unserem Mitgliedsbetrieb Toppel in Sarnow (Landkreis Prignitz)

Herbsttreffen am 4. November in der Uckermark / Diskussionen um Dürrehilfe / Demonstration gegen die Ausbreitung der Wölfe am 10. November in Potsdam / Bauernbund, CDU und FDP unterstützen Initiative für wolfsfreie Kommunen / Bauernbund verlangt Stopp aller Herdenschutzprogramme / Rufmord an Schäfer durch den NABU mithilfe des Landes / Bauernbund lehnt Genomtechnik grundsätzlich ab / Soja-Deal ist ein Gipfel an Doppelmoral / EU-Düngeurteil - wir brauchen den Systemwechsel / Gegen Zwei-Klassen-Justiz: Tote Rehkitze beim Mähen sind nicht zu verhindern / Bauernbund gegen Verbot der Anbindehaltung / Sechs Thesen zum Bienen- und Insektensterben / Mautpflicht für die Landwirtschaft, und tschüss ...

Bauernbund Brandenburg e. V.

Interessenvertretung
der bäuerlichen Familienbetriebe
im Land Brandenburg
www.bauernbund-brandenburg.de

Präsident:

- Marco Hintze, Krielow (PM)

Vorstand:

- Thomas Kiesel, Barsikow (OPR)
- Jens Gerloff, Ganz (OPR)
- Hans-Jürgen Paulsen, Zollchow (UCK)
- Manfred Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Lutz Wercham, Wilhelmsaue (MOL)
- Carlo Horn, Kagel (LOS)
- Christoph Schilka, Guhrow (SPN)
- Marcus Schilka, Guhrow (SPN)
- Max Kirsten, Polzen (EE)
- Reinhard Benke, Mörz (PM)
- Lutz-Uwe Kahn, Kleßen (HVL)

Geschäftsführer:

Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de

Herbsttreffen am 4. November in der Uckermark!



Liebe Berufskollegen,
wenn dieser Rundbrief erscheint, steht wieder das Erntedankfest bevor. Kein einfaches Fest in diesem Jahr. Theoretisch ist alles klar. Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen, der Name des Herrn sei gelobt, steht in der Bibel. Dazu gehört, dass man auch für eine sehr schlechte Ernte dankbar sein muss. Praktisch werden wir die Dürre und ihre Folgen

schon irgendwie wegstecken, dafür haben unsere Betriebe in all den Jahren zu gut gewirtschaftet. Und doch ist der Frust groß über die viele vergebliche Arbeit und die bis in den September hinein nicht enden wollende Trockenheit. Man weiß schon gar nicht mehr, wie blaue Balken auf dem Wetterradar aussehen geschweige denn wie sich ein warmer Landregen anfühlt ...

Die Dürre, sie lehrt uns Demut. Wir Bauern wissen, an welchem seidenen Faden wir hängen – das haben wir dieser satten, selbstzufriedenen und gegenüber uns oftmals selbstgerechten Gesellschaft voraus. Auch wenn wir uns nichts dafür kaufen können, macht uns dieses Wissen stark. Es hilft uns in den kommenden Jahren, zufrieden zu sein statt wie besinnungslos nach immer mehr zu streben. Wenn wir es schaffen, unsere Höfe zu erhalten, selber satt zu werden von sinnvoller Arbeit und der nächsten Generation den Weg zu bereiten, haben wir alles richtig gemacht und können stolz darauf sein. Und wenn bei unserem Herbsttreffen in der Uckermark am 4. November, zu dem ich Euch herzlich einlade, ein kalter Wind den Regen über die Äcker peitscht, sieht die Welt doch schon wieder ganz anders aus. Auf jeden Fall erwartet uns ein spannendes Programm:

13.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Paulsen, Steen Enn 10, 17291 Nordwestuckermark OT Zollchow / 350 ha Acker (Weizen, Gerste, Roggen, Mais, Luzerne, Ackergras), 60 Hektar Dauergrünland, 350 Milchkühe der Rasse Holstein mit weiblicher Nachzucht, Biogasanlage 250 KW.

14.00 Uhr: Kaffeetrinken auf dem Landwirtschaftsbetrieb Paulsen.

15.00 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb Lindow, Sabinenkloster-Ziegelei 1, 17291 Prenzlau OT Sabinenkloster / 270 ha Acker (Weizen, Gerste, Roggen, Hafer, Mais), 200 ha Dauergrünland, 40 Mutterkühe der Rasse Charolais mit weiblicher Nachzucht und Bullenmast.

16.15 Uhr: Landwirtschaftsbetrieb de la Barré, Seehausener Chaussee 3, 17291 Oberuckersee OT Potzlow / 20 ha Dauergrünland, 10 Mutterkühe der Rasse Galloway mit weiblicher Nachzucht und Bullenmast, Direktvermarktung.

17.30 Uhr: Gaststätte Kastanienhof, Gartenstraße 3, 17268 Flieth, Bestellung Abendessen, Kurzreferat über aktuelle Arbeitsschwerpunkte des Bauernbundes von Reinhard Jung, Diskussion.

18.00 Uhr: Abendessen in der Gaststätte Kastanienhof.

Agrarpolitisch gibt es reichlich Diskussionsstoff, von den vielfältigen Aktivitäten des Bauernbundes in den letzten drei Monaten berichtet dieser Rundbrief. Bringt gerne auch Freunde mit, die Ihr für den Bauernbund gewinnen möchtet. Ich freue mich auf das Wiedersehen in der Uckermark!

Euer Marco Hintze

Bauernbund lehnt Dürrehilfe ab: Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Großbetriebe

Pressemitteilung vom 17. Juni 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat die von den ostdeutschen Landesbauernverbänden erhobene Forderung nach Dürrehilfe zurückgewiesen. "Das ist derselbe Unsinn wie die Nässehilfe im vergangenen Jahr. Diese staatlichen Programme sind so gestrickt, dass nur Betriebe in Existenznot sie in Anspruch nehmen können", kritisiert Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, der auf leichten Böden in der Ostprignitz wirtschaftet und nächste Woche mit der Ernte der notreifen Gerste beginnen muss: "Davon profitieren ganz überwiegend Großbetriebe, unsere Bauernhöfe gehen leer aus."

Dürrehilfen würden auf zweierlei Weise den Wettbewerb verzerren, macht der 53jährige Landwirt deutlich: "Sie retten risikofreudige Unternehmer, die sich aufgrund übermäßiger Investitionen in Schwierigkeiten befinden, und bestrafen damit alle Bauern, die sparsam und fleißig gewirtschaftet haben. Und während bei uns Bauern das Privatvermögen berücksichtigt wird, bleibt es bei den Eigentümern von Agrargesellschaften außen vor – entsprechend schnell wird Existenznot festgestellt."

Die Forderung der Landesbauernverbände zeige, wie weit diese sich von bäuerlichem Denken entfernt haben, sagte Gerloff weiter und befürchtet schweren Imageschaden für die Landwirtschaft: "Die Sonne scheint, der Regen fällt, der Landwirt schreit nach Steuergeld. Was macht das denn wieder für einen Eindruck?"

Der Bauernbund Brandenburg hat nie Dürrehilfe gefordert. Das ritualisierte Betteln, sobald mal das Wetter nicht mitspielt, ist uns fremd. Als jedoch Ende Juli erkennbar wurde, dass diese Dürre deutlich mehr Schaden anrichten würde als alle Witterungsereignisse der letzten 25 Jahre, haben wir uns dieser Diskussion gestellt und die Landtagsabgeordneten angeschrieben.

Warum sollten einzelne Betriebe Zuwendungen erhalten?

Schreiben unseres Präsidenten Marco Hintze an die Landtagsausschüsse vom 31. Juli 2018

Der Bauernbund Brandenburg ist Ihnen bekannt als Kritiker einzelbetrieblicher Hilfen aufgrund von besonderen Witterungsereignissen. Die Abhängigkeit von der Witterung ist ein Berufsrisiko, witterungsbedingte Schwankungen werden – ebenso wie Marktschwankungen – bereits durch die Direktzahlungen von der öffentlichen Hand abgedeckt. Das ständige Rufen nach staatlichen Hilfen schadet dem Bild der Landwirtschaft in der Öffentlichkeit, so unsere Argumentation, die wir nach wie vor für richtig halten.

Angesichts der gegenwärtigen katastrophalen Dürre, die sich über die gesamte Vegetationsperiode hinzieht und inzwischen bei allen landwirtschaftlichen Kulturen Ertragsverluste zwischen 30 und 60 Prozent vom langjährigen Mittel bewirkt hat, verschließen wir uns der Forderung nach staatlicher Hilfe aber nicht mehr, sondern stellen uns der Diskussion über deren praktische Umsetzung.

Aus unserer Sicht sind einzelbetriebliche Hilfen nicht geeignet, um auf großräumige Witterungsereignisse, die sehr viele Betriebe betreffen, angemessen zu reagieren. Die gegenwärtige Dürre, die in Brandenburg, ja in Norddeutschland flächendeckend ist, offenbart die Absurdität einer solchen Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel. Warum sollten einzelne Betriebe staatliche Zuwendungen erhalten, wenn alle Betriebe unter demselben Himmel gewirtschaftet haben? Dies ist eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der anderen Betriebe und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für landwirtschaftliche Berater, die die entsprechenden Berechnungen erstellen, sowie für die landwirtschaftliche Verwaltung, die diese prüfen muss.

Die "Nationale Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft" halten wir deshalb für ungeeignet als Grundlage für eine Dürrehilfe des Landes Brandenburg. Wir schlagen vor, statt dessen eine Richtlinie des Landes zu erarbeiten, welche eine schnelle und unbürokratische Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel an alle betroffenen Betriebe ermöglicht, etwa als Aufschlag auf die Direktzahlungen. Darin sollte, unabhängig von der gegenwärtigen flächendeckenden Dürre, auch bereits die Möglichkeit vorgesehen sein, räumliche Eingrenzungen vornehmen zu können.

Sollte eine geeignete Richtlinie des Landes nicht zeitnah Wirksamkeit erlangen und deshalb erneut eine Richtlinie auf der Grundlage der Nationalen Rahmenrichtlinie erarbeitet werden, schlagen wir vor, dabei die folgenden beiden Punkte zu berücksichtigen:

1. Als Bemessungsgrundlage für die Schadensfeststellung ist der Dreijahresdurchschnitt, bezogen auf den vorhergehenden Fünfjahreszeitraum unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Wertes zu wählen. Auf diese Weise würde der Vergleichswert realistischer.
2. Alle Antragssteller erhalten einen Anspruch auf Gewährung des Zuschusses. Sollten die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen, um den Schaden auszugleichen, wovon auszugehen ist, so wird bei allen Antragstellern dieselbe prozentuale Kürzung vorgenommen. Auf diese Weise würde die Wettbewerbsverzerrung der einzelbetrieblichen Hilfen verringert.



Glücklich, wer diesen Sommer ein schattiges Plätzchen hatte. So wie auf vielen Wiesen nur noch der Sauerampfer wuchs, gediehen unter der erbarmungslosen Sonne öffentlicher Aufmerksamkeit ebenfalls seltsame Blüten: Der Deutsche Bauernverband forderte eine Milliarde Euro Dürrehilfe, SPD und Grüne forderten die Agrarwende, damit es wieder regnet. Als auch noch die Ökoverbände in das allgemeine Gejammer von dem angeblich durch die Landwirtschaft selbst verschuldeten Klimawandel einstimmten, platzte uns endgültig der Kragen ...

Bauernbund kritisiert Ökoverbände für Klimaforderungen

Pressemitteilung vom 12. August 2018

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe im Lande, hat sich von der Forderung der ökologischen Anbauverbände distanziert, die deutsche Landwirtschaft müsse klimafreundlicher wirtschaften. "Während um uns herum die Spaßgesellschaft flugbenzinsteuerbefreit Kerosin in die Atmosphäre bläst, sollen ausgerechnet diejenigen, die Lebensmittel produzieren, einen wie auch immer gearteten Klimawandel aufhalten", lästert Bauernbund-Vorstand Marcus Schilka, Biobauer aus Guhrow im Spreewald: "Diese Forderung ist aberwitzig und überaus peinlich in einer Situation, wo viele von uns bei konventionellen Kollegen mit Ausnahmegenehmigung Futter zukaufen."

Schilka, der auf 240 Hektar Ackerbau und Mutterkuhhaltung betreibt, fasziniert am ökologischen Landbau vor allem die naturnahe und von fremden Betriebsmitteln vergleichsweise unabhängige Wirtschaftsweise. "Über uns hat es trotzdem nicht geregnet", stellt der 35jährige Landwirt fest und sieht Änderungsbedarf für die Landwirtschaft weniger in der Produktion als in der Ökonomie: "Wir müssen jetzt keinen grün-alternativen Regentanz aufführen. Aber wir müssen endlich das Wachstum um jeden Preis in Frage stellen. Bei Investitionen und Pachten wurde in der Vergangenheit zu riskant kalkuliert. Das rächt sich bei einer solchen extremen Missernte."

Den ökologischen Anbauverbänden rät Schilka, sich auf die Vermarktung zu konzentrieren, wo sie eine wichtige Funktion haben: "Von der BSE-Hysterie bis hin zur Wolfs-Sympathie erleben wir seit Jahren, dass Bioland und Konsorten immer das nachplappern, wovon sie glauben, dass die Verbraucher es gerade hören wollen. Vielleicht sollten sie zu agrarpolitischen Themen besser schweigen."

Ein Aufmacher im Tagesspiegel über den Hof von Jens Gerloff in Teetz, ein Fernsehbericht im ZDF mit Marco Hintze auf dem Drescher von Ingolf Mehli in Niedergörsdorf, zwei Interviews von Reinhard Jung im RBB-Fernsehen und viele Beiträge in den regionalen Zeitungen und Agrarmedien – die Dürre brachte dem Bauernbund für seine klare Haltung reichlich Medienresonanz. Auf Bundesebene durchgesetzt hat sich zwar vorerst wieder der Bauernverband, allerdings stand bis zum Redaktionsschluss noch nicht fest, wie Klöckners Millionen verteilt werden. Dem Vernehmen nach sind einige Bundesländer nicht einverstanden mit der Bedürftigkeitsprüfung. Wir bleiben dran.

Bauernbund: Klöckners Dürrehilfe wird von Vollgasbetrieben an die Banken durchgereicht

Pressemitteilung vom 22. August 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat die heute von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner angekündigten Modalitäten der Dürrehilfe als "Schlag ins Gesicht aller sparsam wirtschaftenden Bauernfamilien" bezeichnet, die durch die diesjährige katastrophale Dürre um den Ertrag ihrer Arbeit gebracht worden sind. "Wenn nur existenzgefährdete Betriebe nach einer speziellen Bedürftigkeitsprüfung das Geld bekommen, heißt das im Klartext, Klöckners Millionen werden von den Vollgasbetrieben des Bauernverbandes an die Banken durchgereicht", kritisiert Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Landwirt aus Teetz in der Prignitz, der auf seinen Sandböden rund 60 Prozent weniger geerntet hat und bisher trotzdem alle Rechnungen bezahlen kann.

Wenn es eine Dürrehilfe gebe, so müsse diese angesichts der flächendeckenden Schäden über alle Kulturen auch an alle Betriebe gleichermaßen ausgereicht werden, jede andere Verteilung sei Wettbewerbsverzerrung, meint Gerloff und erklärt dies an einem Beispiel: "Drei Ackerbaubetriebe haben 40 Prozent weniger geerntet als im langjährigen Durchschnitt. Der erste hatte nur wenige Kontrakte, konnte große Teile der Ernte einlagern und dann zu deutlich gestiegenen Preisen vermarkten. Der zweite hatte mehr als die Hälfte der erwarteten Ernte über Kontrakte abgesichert, konnte diese knapp erfüllen und musste den kleinen Rest ab Feld zu kaum gestiegenen Preisen verkaufen. Aber nur der dritte Betrieb wird durch die Missernte in seiner Existenz gefährdet, weil er nach waghalsigen Wachstumsschritten mit vierstelligen Pachten und Rundumerneuerung des Maschinenparks vor der Zahlungsunfähigkeit steht."

Die einzige faire Verteilung der Dürrehilfe sei das Gieskannenprinzip, auch wenn damit nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein falle, so der Bauernbund. Gerloff: "Einschränkungen darf es höchstens auf der Grundlage von meteorologischen Daten geben. Es kann aber nicht Aufgabe des Staates sein, Unterstützung nur wenigen Landwirten zu gewähren, die in ihrer unternehmerischen Strategie auf volles Risiko gegangen sind." Angesichts der geplanten Verteilungsmodalitäten stelle sich die Frage, ob der Imageschaden durch die Dürrehilfe nicht größer sei als der Nutzen.

Samstag, 10. November 2018, 10 Uhr auf dem Alten Markt in Potsdam:
 Demonstration gegen die Ausbreitung der Wölfe / www.wolfsfreiezone.de



v.l.n.r: Mario Borchert, Christian Steinkopf, Reinhard Jung, Axel Graf Bülow, Dieter Dombrowski / Foto: Lebrenz

Pressetermin in Potsdam: Bauernbund, CDU und FDP unterstützen Initiative für wolfsfreie Kommunen

**Pressemitteilung
vom 6. August 2018**

Neun brandenburgische Städte und Gemeinden haben sich in den vergangenen Monaten zur "Wolfsfreien Zone" erklärt, bei weiteren 18 Kommunen steht ein gleichlautender Antrag nach der Sommerpause auf der Tagesordnung. Reinhard Jung, Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, kündigte heute auf einer Pressekonferenz in Potsdam an, damit solle ein Zeichen gesetzt werden, dass sich die Landbevölkerung die von der Landesregierung betriebene Ausbreitung der Wölfe nicht mehr gefallen lässt: "Das Raubtier zerstört die Existenz der Weidetierhalter, es schädigt die Jäger und es schreckt alle, die einfach nur mit ihrem Hund spazieren gehen, ausreiten, Pilze sammeln oder Holz machen wollen. Das Leben auf dem Lande wird schlechter, auch wenn uns die Wolfsexperten das Gegenteil erzählen. Gegen diese Bevormundung wehren wir uns."

"Letzte Woche haben Wölfe bei uns trotz Herdenschutzhunden Schafe gerissen. Im Juli haben sie bei Bad Wilsnack einen zwei Meter hohen Zaun übersprungen und Damwild getötet. Es gibt keinen wirksamen Schutz außer Schießen" ist Christian Steinkopf, Bürgermeister von Lenzen, überzeugt. Die Stadtverordnetenversammlung der Prignitzer Kleinstadt hatte im April als erste Kommune die Forderung beschlossen, "ihr Gebiet im Wolfsmanagementplan als nicht für eine Besiedlung durch den Wolf geeignete Zone auszuweisen, da überwiegende öffentliche Interessen dem entgegen stehen". Mit dabei sind inzwischen auch die Gemeinden Plattenburg und Breddin in der Prignitz, die Stadt Gransee und die Gemeinden Sonnenberg, Großwoltersdorf, Schönermark und Stechlin in Oberhavel sowie die Gemeinde Buckautal in Potsdam-Mittelmark.

"Wir laden alle Städte und Gemeinden Brandenburgs ein, sich zur Wolfsfreien Zone zu erklären", sagte Mario Borchert, Gemeindevertreter aus Breddin, der für den Bauernbund die Aktion koordiniert. In dem Beschlusstext wird die Landesregierung aufgefordert, Schutzjagden auf den Wolf nach schwedischem Vorbild zuzulassen sowie den Bauern die Verteidigung ihrer Weidetiere zu erlauben. Außerdem sollen in Naturreservaten, Truppenübungsplätzen und Bergbaukippen Schutzgebiete eingerichtet werden, in die der Wolf sich zurückziehen kann. "Es geht uns nicht um eine erneute Ausrottung", stellt Borchert klar: "Wir wehren uns nur gegen die flächendeckende Ausbreitung. Wo Menschen leben und Nutztiere weiden, muss der Wolf bejagt werden."

Unterstützung erhielt die Initiative heute von Teilen der brandenburgischen Landespolitik: Auf der Pressekonferenz erklärten Dieter Dombrowski, umweltpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, und der FDP-Landesvorsitzende Axel Graf Bülow, dass sie über die kommunalpolitischen Dienste ihrer Parteien den Antrag verbreiten werden. Die Landesregierung dürfe die Bürger im ländlichen Raum nicht länger mit dem Wolfsproblem allein lassen, so Dombrowski und Bülow.

Wenn Ihr selber aktiv werden möchtet, um Eure Stadt oder Gemeinde zur wolfsfreien Zone zu erklären, wendet Euch bitte an Mario Borchert aus Breddin in der Prignitz: 0170-9373584 oder borchert@wolfsfreiezone.de. Er kann Euch den Musterantrag zukommen lassen und Euch bei der Umsetzung beraten. Fahrt aufgenommen hat die Diskussion um die Ausbreitung der Wölfe kurz vor dem Pressetermin durch mehrere Übergriffe bei unserem Mitglied Marc Mennle am Elbdeich:

Nach Wolfsangriff in Lenzen: Bauernbund verlangt Stopp aller Herdenschutzprogramme

Pressemitteilung vom 29. Juli 2018

Nachdem Wölfe am Elbdeich bei Lenzen zwei Schafe gerissen haben, obwohl diese durch Herdenschutzhunde bewacht wurden, hat der Bauernbund Brandenburg die Landesregierung aufgefordert, alle Herdenschutzprogramme zu stoppen und statt dessen Schutzjagden auf Wölfe nach dem schwedischen Modell zuzulassen. "Wir halten immer schärfere Hunde und bauen immer höhere Zäune, aber das interessiert doch den Wolf nicht, wenn er Hunger hat", argumentiert der Wolfsbeauftragte des Bauernbundes Frank Michelchen, Biobauer aus Leibsch im Spreewald, der selber bereits zwei Kälber an das Raubtier verloren hat: "Wir müssen uns endlich eingestehen, dass der einzige funktionierende Herdenschutz weniger Wölfe sind."

Die in der vergangenen Nacht gerissenen Schafe gehörten zur etwa 300köpfigen Herde von Marc Mennle, der die Deiche im Biosphärenreservat beweidet. Sie standen hinter einem vorschriftsmäßigen Zaun aus 90 Zentimeter hohen Elektronetzen, gemeinsam mit drei zertifizierten, vom Land geförderten Herdenschutzhunden. Diese so genannten Pyrenäenberghunde hatte sich der Schäfermeister angeschafft, nachdem ihm Wölfe vor zwei Jahren bei Birkholz 23 Schafe gerissen hatten. Jetzt haben sie die Wölfe nicht vor einem erneuten Übergriff abhalten können, stellt Mennle fest: "Ich weiß nicht mehr, was ich tun soll. Man ist der Bestie wehrlos ausgeliefert."



Für den Bauernbund gehört das gesamte System auf den Prüfstand. "Ein Haufen schlaue Leute verdient inzwischen viel Geld mit Management und Monitoring, Gutachten und Entschädigung, Beratung und Herdenschutz, nur für uns Bauern wird es von Jahr zu Jahr schlimmer", beklagt Michelchen die Entwicklung: "Am Ende hören immer mehr Weidetierhalter auf und die natürlichste Form der Tierproduktion stirbt aus". Der Bauernbund fordert seit Jahren, dass der Wolf überall dort gejagt werden muss, wo Menschen und Weidetiere sind, und hat dafür eine Kampagne gestartet: www.wolfsfreiezone.de

Rufmord an Schäfer durch NABU, Mithilfe des Landes

Presseinformation vom 15. August 2018

In einer Pressemitteilung von gestern verleumdet der NABU ein Mitglied von uns, den Schäfer Marc Mennle aus Lenzen in der Prignitz, indem er unterstellt, dieser habe bei den Wolfsangriffen vom 29. und 30. Juli 1.) seine Herde nicht ausreichend geschützt und 2.) einen

von zwei Wolfsangriffen auf seine Herde nur vorgetäuscht. Dazu erklärt der Bauernbund Brandenburg: 1.) Uns liegt ein Schreiben des Landesamtes für Umwelt vom 3. August vor, das Marc Mennle bescheinigt, dass bei seiner Herde die in Brandenburg geltenden Mindeststandards für Herdenschutz eingehalten waren. Der NABU sagt also die Unwahrheit, was wir beweisen können. 2.) Marc Mennle hat persönlich versichert, dass er den Wolfsangriff nicht vorgetäuscht hat, und es gibt auch keinen nachvollziehbaren Grund, weshalb er das getan haben sollte, es sei denn, er hätte das Schaf selber gegessen. Der NABU bezichtigt Marc Mennle also einer vorsätzlichen Täuschung, kann dies aber nicht beweisen. Soviel vorab zum Umgang des NABU mit der Wahrheit.

Der eigentliche Skandal aber ist die Tatsache, dass der im Auftrag des Landes Brandenburg tätige Rissgutachter Uwe Schanz, der Marc Mennle und anderen geschädigten Weidetierhaltern als hoheitliche Instanz gegenübertritt, sich gleichzeitig beim NABU Brandenburg als "Wolfsbotschafter" engagiert, im Konflikt zwischen Naturschutzverbänden und Weidetierhaltern also eindeutig auf der Seite der Naturschutzverbände steht.

Eine objektive Begutachtung ist aufgrund dieser Parteinahme zwar theoretisch möglich, allerdings praktisch schwer vorstellbar. Eine ähnliche Situation bestand bereits 2017 mit dem Rissgutachter Kay-Uwe Hartlep, Mitglied im Fachausschuss Säugetierkunde des NABU

Brandenburg, dessen Parteinahme so weit ging, dass er einen kritischen taz-Journalisten auf facebook angepöbelte hat. Von Hartlep hat sich das Land auf unsere Intervention hin inzwischen getrennt. All dies wirft ein bezeichnendes Licht auf das derzeitige Unvermögen des Landes, zu vernünftigen Lösungen im Wolfsmanagement zu kommen.



Bauernbund lehnt Genomtechnik grundsätzlich ab

Pressemitteilung vom 23. Juli 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat sich grundsätzlich gegen die Zulassung des Genom-Editing in Deutschland ausgesprochen. Unabhängig von der Frage, ob industrielle Zuchtverfahren wie etwa CRISPR/Cas juristisch mit der Gentechnik gleichzusetzen sind oder nicht, worüber der Europäische Gerichtshof am Mittwoch urteilen wird, sieht die Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe dadurch die unternehmerische Freiheit der Landwirtschaft in Gefahr. "Genau wie bei der Gentechnik gibt es bei der Genomtechnik Patente, durch die wir in Abhängigkeit von der Industrie geraten würden", warnt Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppinen Land: "Wir könnten nicht mehr über unser wichtigstes Produktionsmittel verfügen, sondern müssten jedes Jahr für Pflanzen und Tiere Gebühren an die patenthaltenden Unternehmen zahlen."

Mit dieser Position stellt sich der Bauernbund klar gegen die Einschätzung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, die kürzlich Genomtechnik als Beitrag zur Bekämpfung des Welt Hungers gepriesen und erklärt hatte, natürlich komme nur auf den Markt, was gesundheitlich unbedenklich sei. "Diese Aussage ist bestenfalls naiv, eigentlich unverantwortlich", kritisiert Kiesel die CDU-Politikerin: "Frau Klöckner sollte sich nicht nur um die Verbraucher kümmern, sondern auch darum, dass die deutsche Landwirtschaft ökonomisch stabil bleibt und nicht zu einem Anhängsel multinationaler Konzerne wird."

Das Märchen von den dürreroleranten Wunderpflanzen hätten schon die Befürworter der Gentechnik vor zehn Jahren erzählt, erinnert sich Kiesel: "Nichts davon ist wahr geworden. Auch dass die deutsche Landwirtschaft im weltweiten Wettbewerb abgehängt würde, wenn sie sich der

Gentechnik verschließe, hat sich nicht bewahrheitet." Bei der Genomtechnik gelte es darum, einen kühlen Kopf zu bewahren und die Rechte der deutschen Bauern zu verteidigen, so der Bauernbund. Kiesel: "Die Patentierung von Lebewesen muss endlich verboten werden, das ist die vordringliche agrarpolitische Aufgabe."

Bauernbund zum Soja-Deal: Gipfel an Doppelmoral

Pressemitteilung vom 27. Juli 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat die Übereinkunft des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker mit dem US-Präsidenten Donald Trump als "Gipfel an Doppelmoral" bezeichnet. "Einerseits überzieht uns die EU mit fragwürdigen Umweltauflagen, die die Produktion hierzulande verteuern, andererseits öffnet Juncker die Grenzen für noch mehr billiges US-Soja", kritisierte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen. Das amerikanische Soja sei fast durchweg genmanipuliert und aufgrund der daraus folgenden primitiven Produktionsverfahren mit hohen Glyphosat-Rückständen belastet, begründete der 54jährige Ackerbauer und Milchviehhalter aus Zollchow in der Uckermark seine Ablehnung des "Deals". Bei den Nachverhandlungen müsse die Bundesregierung die Interessen der deutschen Bauern allen anderen Belangen voranstellen, fordert der Bauernbund.

Der aufgeregten Öffentlichkeit empfahl Paulsen, rhetorisch abzurüsten: "Es gibt keinen Handelskrieg. Freihandel ist kein gesellschaftlicher Wert wie Menschenrechte oder Demokratie." Nach Auffassung des Bauernbundes muss es das Recht von Staaten oder Staatengemeinschaften bleiben, souverän darüber zu entscheiden, welche Handelsgüter hereingelassen werden und in welchem Umfang. Paulsen weiter: "Die Amerikaner werden unsere guten Autos im Zweifelsfall mehr vermissen als wir das Gensoja im Futtertrog."

Bauernbund zum EU-Dünge-Urteil: Wir brauchen den Systemwechsel

Pressemitteilung vom 21. Juni 2018

Anlässlich der Verurteilung Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof wegen Nicht-Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie will der Bauernbund Brandenburg die gesamte Düngeverordnung auf den Prüfstand stellen. "Neunzig Prozent der deutschen Bauern brauchen überhaupt keine Vorschriften für die Düngung", erklärte Bauernbund-Präsident Marco Hintze, Landwirt aus Krielow bei Potsdam. Der Fehler der Düngeverordnung, der sie rechtlich angreifbar mache, sei ihre flächendeckende Gültigkeit.

Die EU-Nitratrichtlinie zielt auf eine Verringerung von Gewässerbelastungen und verpflichtet die Mitgliedstaaten dazu, gefährdete Gebiete auszuweisen, in diesen Gebieten die Ursachen der Belastungen zu ermitteln, Gegenmaßnahmen festzulegen und diese alle vier Jahre als Aktionsprogramme nach Brüssel zu melden. Alternativ können auch flächendeckende Aktionsprogramme festgelegt werden. Hintze: "Die Entscheidung der Bundesregierung für die flächendeckende Variante führt zu der absurden Situation, dass in einem Land mit ganz überwiegend sauberen Gewässern alle Landwirte unter unsinnigen Auflagen leiden, während in den gefährdeten Gebieten diese Auflagen offensichtlich nicht ausreichen."

Der Bauernbund verlangt von der Bundesregierung jetzt einen Systemwechsel, nach dem künftig die Düngung in Problemregionen und auf Problembetrieben deutlicher reglementiert und kontrolliert wird. Die große Mehrheit der normalen Bauern hingegen sollte von Auflagen befreit werden, meint Hintze: "Von Tierbeständen unter zwei Großvieheinheiten pro Hektar und unter den Grenzen der Umweltverträglichkeitsprüfung geht keine Gefahr aus. Die bäuerliche Kreislaufwirtschaft hat sich in Jahrhunderten bewährt."

Bauernbund gegen Zwei-Klassen-Justiz: Tote Rehkitze beim Mähen sind nicht zu verhindern

Pressemitteilung vom 6. Juli 2018

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat die Bundesregierung aufgefordert, durch Präzisierung des Tierschutzgesetzes eine "Zwei-Klassen-Justiz gegen Bauern" abzuwenden. "Es widerspricht zutiefst dem rechtsstaatlichen Prinzip der Gleichbehandlung, wenn Landwirte zu hohen Geldbußen verurteilt werden, die beim Mähen von Gras oder Getreide einen Wildunfall haben, Autofahrer aber für denselben Tatbestand nicht nur freigesprochen werden, sondern auch noch von der Polizei Unterstützung zur Feststellung ihres Versicherungsschadens erhalten", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, Mutterkuhhalter aus Lennewitz in der Prignitz.

Das Landgericht Alsfeld hatte in der vergangenen Woche einen Bauern aus dem Vogelsbergkreis wegen fahrlässiger Tötung eines Rehkitzes bei der Heuernte zur Zahlung von 1000 Euro verurteilt – nach Auslegung des Richters hätte er nicht genug Vorsorge getroffen, um den Tod des Tieres zu verhindern. "Die Einschätzung des Gerichtes hat nichts mit der Realität zu tun. Jeder Praktiker weiß, dass sich Wildunfälle bei landwirtschaftlichen Arbeiten auch mit größter Vorsicht und Konzentration nicht vermeiden lassen", kritisierte Jung. Darüber hinaus gehende Vorsorge sei nicht verhältnismäßig, denn niemand verlange von Autofahrern, auf allen Strecken Tempo 30 zu fahren, nur damit sie nicht mit einem Tier zusammenstoßen.

Die in dem Urteil zum Ausdruck kommende Verachtung der Landwirtschaft sei unerträglich und eines studierten Juristen unwürdig, meint Jung, schließlich würden Bauern nicht aus Spaß durch die



Gegend fahren, sondern mit harter Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen und die Ernährung des Volkes sichern. Dass bei der Ernte regelmäßig Rehkitze, Hasen, Fasanen, Rebhühner und andere Tiere umkommen, sei traurig, aber nicht zuletzt ein Zeichen dafür, dass die angebliche "Agrarwüste" lebt, und das alle Jahre wieder.

Euer Geschäftsführer, der
Biobauer und Bambikiller

Bauernbund gegen Verbot der Anbindehaltung

Pressemitteilung vom 27. August 2018

Der Bauernbund Brandenburg hat die Forderung des Bundes Deutscher Landjugend nach einem Verbot der Anbindehaltung von Rindern als „fachlich unbegründet“ zurückgewiesen. "Die Anbindehaltung ist arbeitswirtschaftlich unrentabel und für die Tiere nicht optimal und deshalb ohnehin ein Auslaufmodell“, sagte Bauernbund-Vorstand Lutz-Uwe Kahn, dessen Mutterkühe im Winter im Anbindestall stehen: „Aber sie ist definitiv keine Tierquälerei. Wann wir zum Laufstall umbauen, möchte ich mir weder vom Staat noch von sonstwem vorschreiben lassen.“

In der gegenwärtigen Debatte um Tierwohl seien Betriebe mit Anbindehaltung durchaus vorzeigbar, ist der 62jährige Nebenerwerbslandwirt überzeugt: „Das sind in der Regel kleinere Höfe, wo die Kühe noch Hörner und einen Namen haben und im Sommer Weidegang bekommen. Sie beweisen, dass Tierwohl weniger mit staatlichen Vorschriften, Mindestmaßen und Kontrollintervallen zu tun hat, sondern vor allem damit, dass Bauern sich um ihre Tiere kümmern.“ Auch in einer modernen bäuerlichen Tierproduktion sei die persönliche Verbundenheit des Halters mit seinen Tieren der entscheidende Faktor, so Kahn: „Je größer und unüberschaubarer die Bestände werden, je mehr Fremdarbeitskräfte im Schichtdienst riesige Herden betreuen müssen, desto schwieriger wird es, gute Ergebnisse zu erzielen.“

Völlig unverständlich ist für den Bauernbund daher, weshalb sich die Landjugend ohne Not eine Forderung von agrarfeindlichen Tierschutzorganisationen zu eigen macht. Aus fachlicher Sicht gebe es für ein Verbot der Anbindehaltung jedenfalls keine Gründe, stellt Kahn fest: „Ist es am Ende die Gier, noch schneller zu wachsen, wenn kleine Betriebe vom Staat zur Aufgabe gezwungen werden?“

Sechs Thesen zum Bienen- und Insektensterben

Auf Anfrage einer Naturschutz-Journalistin haben unser langjähriger Präsident Karsten Jennerjahn und unser Vorstandsmitglied Thomas Kiesel, beide gute Ackerbauern und begeisterte Hobbyimker, im Juli die nachfolgenden sechs Thesen zum Bienen- und Insektensterben aufgeschrieben, die wir daraufhin auch über unsere Verteiler an eine breite Öffentlichkeit geschickt haben:

1. Es gibt kein Bienensterben. Weder in Deutschland noch weltweit. In Deutschland sterben höchstens die Imker oder geben aus Altersgründen auf. Junge Imker braucht das Land!
2. Die Honigbiene ist ein Waldtier und findet deshalb in der Feldflur nicht immer genug Nahrung. Durch Blühflächen lässt sich das Nahrungsangebot für Bienen über Sommer verbessern. Der Bauer kann das machen, er ist aber nicht für die Futtersorgung der Bienen verantwortlich. Blüh- oder Feldrandstreifen nützen vor allem Wildinsekten und Vögeln, sind daher zwar ökologisch sinnvoll, aber für die Honigernte eher ungeeignet.
3. Die Behauptung, es gebe ein Insektensterben, beruht in erster Linie auf unbewiesenen Vermutungen und einer fragwürdigen Studie. Diese beschreibt über einen Zeitraum von 25 Jahren die Abnahme der Fluginsektenmasse bei der Umwandlung landwirtschaftlicher Nutzfläche zum Naturschutzgebiet in der Nähe von Krefeld. Damit ist sie denkbar ungeeignet, die Landwirtschaft anzuklagen. Unter anderem verschwand in diesem Zeitraum die Weidehaltung von Rindern aus dem Gebiet, statt dessen wurden die Flächen nur noch einmal im Jahr gemäht.
4. Falls die Behauptung, es gebe ein Insektensterben, sich als richtig herausstellt, so muss dieses vielfältige Ursachen haben. In Brandenburg wird Landwirtschaft nur auf der Hälfte der Landesfläche betrieben. Zieht man noch den ökologischen Landbau, Extensivgrünland und Brachen ab, verbleibt knapp ein Drittel der Landesfläche. Da Getreide in Brandenburg kaum mit Insektiziden behandelt wird, kommen Insektenbekämpfungsmittel (welche zudem noch nützlingsschonend sein müssen) nur auf einem sehr kleinen Teil der Landesfläche zum Einsatz.
5. Für eine wissenschaftliche Untersuchung interessant sind aus unserer Sicht folgende Fragen: Welche Insekten sterben? Von welchen Pflanzen ernähren diese sich? Welche Biotope benötigen diese Pflanzen und wer hat sie zerstört (zum Beispiel Siedlungs- und Straßenbau) oder aufgegeben (zum Beispiel private Obst- und Gemüsegärten)?
6. Wir Bauern arbeiten alle nach bestem Wissen und Gewissen. Pflanzenschutzmittel setzen wir in der konventionellen Landwirtschaft nur bei Bedarf ein. Die Anwendung findet nach geltenden Regeln statt, so dass es eigentlich nicht zu Problemen kommen dürfte.



EUROPAS GRÖSSTE LANDWIRTSCHAFTLICHE SOLIDARGEMEINSCHAFT



VEREINIGTE HAGEL

MIT DER NR. 1 AUF NUMMER SICHER GEHEN

Viele Landwirte haben ihre Bestände bereits gegen Hagel, Sturm und Starkregen versichert. Gehen auch Sie mit der Nr. 1 auf Nummer sicher. Die VEREINIGTE HAGEL ist mit über 100.000 Mitgliedern die größte Solidargemeinschaft Europas. Mit Secufarm® versichern Sie Ihre Bestände betriebsindividuell, fruchtartenindividuell und gefahrenindividuell. NEU: mit Secufarm Garant® bleibt Ihr Beitrag auch nach einem Schaden stabil. Mehr dazu auf www.vereinigte-hagel.de.

Vereinigte Hagelversicherung VVaG
Bezirksdirektion Berlin • Flämingstraße 3-4 • 15738 Zeuthen
Tel. 033762 792-0 • Fax 033762 792-99 • E-Mail bd-b@vereinigte-hagel.de

Mautpflicht für die Landwirtschaft, und tschüss ...

Schreiben unseres Präsidenten Marco Hintze an Bundesverkehrsminister Andreas Scheurer vom 26. Juni 2018, wenige Tage später wurde die Mautpflicht abgesagt

Sehr geehrter Herr Scheuer,

aus der Presse und bislang nur sehr lückenhaft hat der bäuerliche Berufsstand in Brandenburg erfahren, dass landwirtschaftliche Gefährte mit beladenem Transportanhänger über 7,5 Tonnen ab dem 1. Juli 2018 auf allen Bundesstraßen mautpflichtig werden. Dem Vernehmen nach ist die ursprünglich geplante generelle Befreiung für landwirtschaftliche Gefährte vor zwei Monaten durch das Bundesamt für Güterverkehr verworfen worden, so dass eine Befreiung künftig nur noch auf Antrag für Gefährte bis zu einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h möglich sein soll. Nähere Informationen konnten durch unsere Geschäftsstelle nur im persönlichen Gespräch mit Mitarbeitern des Bundesamtes ermittelt werden, eine für die landwirtschaftliche Praxis brauchbare Handreichung findet sich weder auf den Internet-Seiten des Bundesamtes noch auf den Internet-Seiten der von ihm beauftragten Firma Toll Collect.

Als Politiker aus einer ländlich geprägten Region wissen Sie ebenso gut wie ich, was diese Neuregelung zunächst bedeuten wird, nämlich nichts. Unsere Mitglieder befassen sich aktuell mit der Ernte und haben schlichtweg keine Zeit, sich mit einer komplizierten Rechtsmaterie auseinanderzusetzen sowie mit den ebenfalls komplizierten technischen und administrativen Konsequenzen für ihren Betrieb. Und ich kann Ihnen versichern: Wenn unsere Mitglieder Zeit finden, wird ihnen das Verständnis dafür fehlen, dass sie künftig über die Steuerlast hinaus Geld für die Benutzung von Straßen bezahlen sollen, die sie seit Jahrhunderten benutzen, damit irgendwoanders neue Straßen gebaut werden, die unser Land nicht braucht im Gegensatz zu den wertvollen Äckern und Wiesen, die ihnen regelmäßig zum Opfer fallen. Noch weniger Verständnis werden diejenigen haben, die unter den Befreiungstatbestand fallen, bei einer Kontrolle aber keine Bescheinigung vorlegen können. Fragen Sie gern Ihre Kollegin Klöckner: Unsere Landwirtschaftsbetriebe haben auch ohne diese Neuregelung genug Papier auszufüllen.

Nach unserer Einschätzung erreichen deutlich weniger als 20 Prozent der im Einsatz befindlichen Traktoren eine bauartbedingte Höchstgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h. Noch dazu lässt sich diese technisch relativ einfach auf den Befreiungstatbestand herunterdrosseln, so dass bei irgendwann zumindest denkbarer angemessener Kommunikation der Mautpflicht davon auszugehen ist, dass sich der Prozentsatz der mautpflichtigen Gefährte weiter deutlich reduzieren wird. Wie uns die Pressestelle der Firma Toll Collect versichert hat, überwachen die Mautsäulen nur Fahrzeugtyp und Nummernschilder, nicht aber Geschwindigkeit und Ladung. Auch bei den mobilen Kontrollen ist das nach Auskunft der Pressestelle des Bundesamtes nicht vorgesehen. Aus alledem ergibt sich, dass der Kontrollaufwand absehbar in keinen irgendwie darstellbaren ökonomischen Verhältnis zum finanziellen Nutzen stehen wird. Bei dem übergroßen Teil der landwirtschaftlichen Gefährte produzieren Sie damit nur zusätzliche Bürokratie, also Verärgerung bei den Haltern, um am Ende zu erfahren, dass im konkreten Fall gar keine Mautpflicht besteht.

Ich darf Sie daher herzlich bitten, über eine Kulanzregelung die Einbeziehung landwirtschaftlicher Gefährte in die Mautpflicht auf Bundesstraßen bis zum 31. Dezember 2019 auszusetzen und bei der ohnehin für 2019 geplanten Neufassung des Bundesfernstraßenmautgesetzes eine sachgerechte und unbürokratische Regelung zu finden.

Mit freundlichen Grüßen

Marco Hintze

Präsident



www.plantan.de

SEHEN SIE DEN UNTERSCHIED?



Wir auch nicht...

UNSER GETREIDEHERBIZID

Empfehlung für CARPATUS® SC



BBCH 00 07 09 10 11 12 13 21

BBCH 10–13:
Windhalm,
Rispe &
Unkräuter
(vorkommender
Ackerfuch-
schwanz
wird miterfasst)

0,6 l/ha CARPATUS® SC

BBCH 10–13:
Windhalm,
Rispe & Unkräu-
ter

0,4 l/ha CARPATUS® SC

JETZT VON
UNSEREN EXPERTEN
BERATEN
LASSEN!



Wirkstoff:
200 g/l Diflufenican+
400 g/l Flufenacet

Formulierung: SC

Kulturen:
Winterweichweizen,
Wintergerste,
Winterroggen,
Wintertriticale, Dinkel

Indikation:
NA: BBCH 10-13
Gemeiner Windhalm,
Einjähriges Rispengras,
Kletten-Labkraut, Vogel-
Sternmiere, Echte Kamille

Aufwandmenge: 0,6 l/ha

Anwendung:
1 x in der Kultur bzw. je Jahr

Gebindegröße: 5 Liter

Hilft bei
Extremniederschlägen.



ALZON[®] neo-N //

Der Allwetterdünger



Jetzt ansehen!

www.alzon-neo-N.de/#wirkprinzip
+49 (0) 3491 68-3000

skw.
PIESTERITZ

EIN UNTERNEHMEN DER  AGROFERT GROUP